



Essener Bürger-Manifest

I.

Entschieden handeln: Wir mischen uns ein!

Unsere Stadt braucht einen neuen Aufbruch! Sie steckt in einer tiefen Krise. Die kommunale Politik versteckt sich hilflos hinter einem Berg von Problemen, anstatt sie entschlossen anzupacken. Viele Bürger sind zornig und enttäuscht, viele wenden sich verdrossen ab. Doch es hilft nicht, nur zu klagen oder gar wegzuschauen. Notwendig ist entschiedenes und nachdrückliches Handeln!

Die städtische Politik muss ihre Richtung ändern, bloße Kurskorrekturen genügen nicht. Wir brauchen einen durchgreifenden Politikwechsel. Der „Konzern Stadt“ muss umfassend und von Grund auf saniert werden. Eine solche Neuorientierung der Stadtpolitik erfordert Mut und Entschlossenheit. Sie braucht Bürger, die sich für ihre Stadt interessieren und ihre Zukunft mitgestalten wollen. Die Politik braucht die Bürgergesellschaft. Deshalb mischen wir uns ein. Es ist Zeit zu handeln!

II.

Den Kurs ändern: Unsere Stadt aus der Krise führen !

Schönfärberei und mangelndes Problembewusstsein, politische Träumereien und fiskalische Illusionen haben zu lange den Blick auf die Krise unserer Stadt verstellt. Statt die Lage schonungslos zu analysieren, schieben die Parteien die Verantwortung hin und her. In Politik und Verwaltung herrscht häufig ein achselzuckender Fatalismus. Der mündige und verantwortungsbereite Bürger aber erwartet zu Recht, dass die kommunale Wirklichkeit ungeschminkt und ohne Scheuklappen dargelegt und die zentralen Probleme unserer Stadt energisch angegangen werden. Die folgenden sind besonders dringlich:

1. Essen ist in einer katastrophalen finanziellen Lage. Der städtische Haushalt ist seit Jahren hochgradig defizitär. Seit langem gibt die Stadt mehr Geld aus als sie einnimmt. Allein 2003 beträgt das Haushaltsdefizit rd. 350 Mio €. 2004 wird das Haushaltsminus ebenso hoch sein. Bis 2006 wird sich ein gigantischer Fehlbetrag von fast 2 Mrd. € aufsummiert haben. Mittlerweile müssen täglich rd. 200.000 € Zinsen gezahlt werden. Die laufenden Ausgaben der Stadt - selbst für Gehälter und für

die sich auftürmenden Pensionslasten - werden durch kurzfristige Kredite finanziert, die einem hohen Zinsrisiko unterliegen. Es kommt hinzu, dass erhebliche städtische Vermögenswerte, die über Generationen erwirtschaftet worden sind, zwischenzeitlich verkauft wurden. Unsere Stadt lebt auf Pump. Die verheerende Schuldenpolitik, die vor einem Jahrzehnt in Essen begann, hat sich in den letzten Jahren dramatisch verstärkt. Sie hat inzwischen zerstörerische Dimensionen angenommen. Unsere Stadt stürzt dem finanziellen Kollaps entgegen, wenn nicht schnell und konsequent gegengesteuert wird.

2. Essen ist eine drastisch schrumpfende Stadt. Ihre Einwohnerzahl sinkt seit Jahren. In zehn Jahren wird sie noch einmal fast 50.000 Einwohner verloren haben. Für Essen wird eine außerordentlich negative Bevölkerungsentwicklung prognostiziert. Dieser massive Bevölkerungsrückgang führt zu Einnahmeausfällen, Kaufkraftverlust, Wohnungsleerständen, in absehbarer Zeit auch zu Fachkräftemangel und verschärft zusätzlich die ohnedies dramatische Finanzschwäche der Stadt.

3. Essen erlebt seit Jahren einen tiefgreifenden demografischen Wandel. Die Zahl der Kinder und Jugendlichen sinkt deutlich ab, die Überalterung der Bevölkerung nimmt zu. Vorwiegend junge und besser situierte Familien verlassen Essen. Zugleich verstärkt sich die multiethnische Zusammensetzung der Bevölkerung. Ghettobildungen und das Heranreifen nichtintegrierter Parallelgesellschaften in manchen Wohnquartieren sind unverkennbar. Die Konzentration sozialer Problemlagen in immer mehr Stadtteilen nimmt zu. Aktive und bürgerorientierte Stadtpolitik bedeutet, hier planend einzuwirken, anstatt hilflos soziale Brennpunkte entstehen zu lassen.

4. Essen steht in einem harten Standortwettbewerb und erlebt einen Strukturwandel von langer Dauer. Einerseits beheimatet unsere Stadt zahlreiche renommierte Unternehmen und international agierende Konzerne, andererseits jedoch ist die wirtschaftliche Lage vor Ort durch unzureichende Dynamik, Arbeitsplatzverluste, eine geringe Selbstständigquote und ein hohes Niveau an Langzeitarbeitslo-

sigkeit gekennzeichnet. Die Steuereinnahmen je Einwohner sowie der Anteil der Einwohner im erwerbsfähigen Alter sind erheblich niedriger als in vergleichbaren westdeutschen Großstädten. Auch der Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes ist deutlich geringer. Negative Wirkung entfalten zudem die hohen Baulandpreise, die im Großstadtvergleich unterdurchschnittliche Bautätigkeit sowie die Gewerbesteuerhöchstsätze. In der City wie in den Stadtteilen ist die hohe Anzahl an Schließungen insbesondere auch traditioneller Geschäfte inzwischen augenfällig. Solche Betriebsaufgaben und die Abwanderung von Unternehmen (z.B. Coca Cola, THS) sind eine ernste Gefahr für unsere Stadt. Diesen Tendenzen muss energisch entgegengewirkt werden. Neue wirtschaftliche Dynamik kann jedoch nur durch eine gezielte und innovative Wissenschafts-, Forschungs- und Mittelstandsförderungspolitik sowie eine städteübergreifende Ruhrgebietspolitik entfacht werden.

5. Essen spielt unter den Großstädten und Metropolen der Bundesrepublik nur eine untergeordnete Rolle. Viele Städte vergleichbarer Größe im Westen (z.B. Frankfurt, Stuttgart, Hannover) wie im Osten (Leipzig, Dresden) verzeichnen eine deutlich positivere Entwicklung. Auch Nachbarstädte wie Düsseldorf und Dortmund sind erheblich besser aufgestellt. Unsere Stadt weist die schlechteste Haushaltsbilanz aller vergleichbaren deutschen Großstädte auf. Essen ist in der Standortkonkurrenz zurückgefallen. Seit Jahren fehlt es unserer Stadt an einem markanten Standortprofil und einem überzeugenden Leitbild für eine positive Zukunftsentwicklung.

Die Position und die Bedeutung Essens unter den Städten des Ruhrgebiets sind ebenfalls ungewiss. Die Parteien und die politische Führung der Stadt haben in der Vergangenheit ein Bewusstsein gefördert, das im Ruhrgebiet häufig als hegemoniale Arroganz wahrgenommen wurde. Dieses überhebliche Selbstverständnis der Lokalpolitik ist unserer Stadt genauso wenig angemessen wie Leisetreterei und mangelnde regionale Initiative. Seit langem besetzen Nachbarstädte bessere Ausgangspositionen in der Diskussion um die Zukunft des Ruhrgebiets. Aus der Zentralstadt des Reviers müsste jedoch die Dynamik für den Aufbruch und das notwendige Zusammenwachsen der Region als „Global City“ hervorgehen.

III.

Wir wollen den neuen Aufbruch !

Unsere Stadt braucht einen neuen Aufbruch. Sie muss ihre Handlungsfähigkeit wiedergewinnen. Dazu sind durchgreifende Veränderungen notwendig. Die Konsolidierung der Stadtfinanzen hat dabei oberste Priorität. Die Kommunalpolitik darf

nicht allein auf eine Gemeindefinanzreform hoffen. Essen muss vielmehr auch aus eigener Kraft alles tun, um seine dramatische Finanzkrise zu überwinden. Unsere Stadt darf nicht länger über ihre Verhältnisse leben. Die Zeit überzogener Forderungen und haltloser Versprechungen ist zu Ende. Notwendig sind durchgreifende Reformen auf vielen Feldern:

Die Stadtfinanzen sanieren

1. Unsere Stadt muss mit den ihr von den Bürgern überlassenen Mitteln wesentlich besser haushalten. Einnahmen und Ausgaben müssen wieder zur Deckung gebracht werden. Die Schuldenpolitik des vergangenen Jahrzehnts gehört zu den sinnlosesten und gefährlichsten Entgleisungen der öffentlichen Hand. Die Schulden von heute sind die Belastungen von morgen. Sie ersticken die Zukunft unserer Stadt und zerstören die Chancen der nachfolgenden Generationen.

2. Unsere Stadt muss sich auf ihre Pflicht- und Kernaufgaben beschränken und diese so kostengünstig und effektiv wie möglich erfüllen. Das kommunale Aufgaben- und Leistungsspektrum muss deshalb konsequent durchforstet und den veränderten Bedingungen angepasst werden. Aufgaben- und Standardreduzierung müssen offensiv und zielgerichtet angegangen werden.

3. Die kommunale Infrastruktur unserer Stadt, die in weiten Bereichen auf eine Einwohnerzahl von weit über 700.000 ausgelegt ist, muss dem massiven Bevölkerungsrückgang und dem demografischen Wandel angepasst werden. Entsprechende Infrastrukturplanungen müssen zu Einsparungen und sinnvollen Umschichtungen führen. Insbesondere bei knappen Kassen sind Kreativität und intelligente Lösungen gefragt.

4. Die notwendige Sanierung der Stadtfinanzen ist ohne eine drastische Reduzierung der städtischen Personalkosten nicht möglich. Deshalb sind alle Strukturen zu überprüfen und überflüssige Bürokratien abzubauen. Die Stadt kann sich einen aufgeblähten Personalapparat nicht länger leisten. Ineffizient organisierte Verwaltungseinheiten müssen schleunigst verschlankt und gestrafft und gezielte personalwirtschaftliche Maßnahmen ergriffen werden. Die Personalfuktuation ist konsequent für den Stellenabbau einzusetzen.

5. Zur kommunalen Selbstverwaltung gehört auch Bescheidenheit. Eine Politik, die allen alles verspricht und sich durch immer neue Versprechungen zu legitimieren versucht, führt bei der derzeitigen Finanzlage in die Katastrophe. Es geht um das finanziell Machbare und nicht um das durch Schulden finanzierte Wünschenswerte. Insbesondere

dere „Essener Wege“, die die Leistungsstandards des Landes oder anderer Städte übersteigen, müssen als Sonderwege beendet werden.

6. Unsere Stadt muss sich nicht nur von bestimmten Aufgaben trennen, sondern sich zugleich von der Illusion verabschieden, fast alle Aufgaben in eigener Regie erledigen zu können. Sie muss schnellstens eine durchgreifende Verwaltungsreform in Gang setzen und den Weg von der Dienstleistungs- zur Gewährleistungsverwaltung einschlagen. Mit gezielten Privatisierungen können dauerhafte Kostenentlastungen geschaffen und auch privates Kapital in die Stadt geholt werden. Scheinprivatisierungen als Ausgliederung städtischer Aufgaben in handelsrechtliche Formen sind dagegen abzulehnen. Sie führen keineswegs zu größerer Wirtschaftlichkeit, sondern schaffen neue Wasserköpfe, fördern nur den Parteienfilz und bilden den Nährboden für Korruption.

7. Unsere Stadt muss alle ihre Mitgliedschaften und die damit verbundenen Umlagen und Beiträge überprüfen und Kostensenkungsprogramme durchsetzen. Zudem müssen für die Zuschüsse an Vereine und Verbände und die Unterstützung externer Institutionen die gleichen Maßstäbe gelten wie für die Stadt selbst.

Die Stadt attraktiver machen

8. Unsere Stadt braucht einen neuen wirtschaftlichen Aufbruch. Nur mit größerer wirtschaftlicher Dynamik und zukunftsorientierten Unternehmen und Arbeitsplätzen kann sie die Zukunft gewinnen. Die Förderung der heimischen Wirtschaft gehört daher zu den wichtigsten Aufgaben der Stadtregierung. Neue Forschungsstätten, technologieorientierte Wissenschaftsparks, Gründerzentren und mittelständische Ideenschmieden müssen zu Bausteinen erfolgreicher wirtschaftlicher Entwicklung werden.

In den Wachstums- und Schlüsselbranchen Gesundheit, Informations- und Energietechnologien sowie im Bereich Design sollten Stadt und Land gemeinsam neue Initiativen entwickeln. Gerade Gesundheit, Design und innovative Technologien sind ökonomische Mega-Themen der Zukunft. Hier muss die Stadt ihre vergleichbaren Vorteile nutzen und sich zum Top-Standort entwickeln. Essen sollte sich mit seinen Nachbarstädten noch stärker als effizienter Gesundheitsstandort etablieren.

Eine Kooperations-Plattform „Zukunft der Essener Wirtschaft“ sollte für ein offenes und innovatives Forscher- und Unternehmensklima in der Stadt sorgen, das Projekt „Mittelstandsfreundliche Verwaltung“ vorantreiben und die Interessen von Stadt und Region gegenüber Land und Bund mit Nachdruck artikulieren.

9. Für die Zukunft unserer Stadt ist ihre Qualität als Bildungs- und Wissenschaftsstandort von fundamentaler Bedeutung. Das differenzierte Essener Schulwesen muss einschließlich des Elementarbereichs zukunftsorientiert weiterentwickelt und einer Leistungsevaluation als Grundlage gezielter Förderprogramme unterzogen werden.

Essen muss stärker als bisher eine Stadt der Wissenschaft und Forschung werden. Die Rolle der Universität ist deshalb für die Stadt neu zu justieren und der Gedanke eines die Universität arrondierenden Wissenschaftsparks neu zu entwickeln. Die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft ist dabei unerlässlich.

10. Der massive Bevölkerungsrückgang in unserer Stadt sollte für zukunftsorientierte Stadtbauprogramme genutzt werden. Integrierte Stadtentwicklungskonzepte, die städtebauliche und wohnungswirtschaftliche Probleme zugleich lösen, eröffnen neue Chancen. Ein Flächenrecycling, das Grün als Investitionsvorteil begreift, und die gezielte Aufgabe von städtebaulich unerwünschten Wohnsituationen sind ökonomisch sinnvoll und verbessern die Lebensqualität in unserer Stadt.

11. Die Essener Innenstadt muss neue Attraktivität gewinnen, um in der Standortkonkurrenz urbaner Zentren bestehen zu können. Städtebaulich inakzeptable City-Situationen müssen endlich beseitigt und eine City-Entwicklung eingeleitet werden, die die Stadtqualität verbessert, Essen als Einkaufsstadt stärkt und neue urbane Zukunftschancen eröffnet.

Am Limbecker Platz und auf den Brachen des ehemaligen Großmarktes sollte ein Universitäts- und Wissenschaftsviertel geschaffen werden. Alle Projekte für dieses Areal, die einer solchen Stadtentwicklung schaden, müssen schleunigst aufgegeben werden. Die besondere Chance einer wirklich in die City integrierten großen Einkaufs-Mall sollte am Endpunkt der Limbecker Straße innovativ genutzt werden. Im Bereich der Viehofer Straße könnte ein altstädtisches Kneipen- und niveauvolles Szeneviertel entwickelt werden, das eine bessere Stadtatmosphäre schafft und neues Leben in die City bringt. Mit aller Macht sollten Politik und Wirtschaft unserer Stadt gemeinsam darauf drängen, dass ein neuer Hauptbahnhof mit Qualitätsanspruch zu einem neuen und attraktiven City-Entrée für Essen wird.

12. Die Lebensqualität unserer Stadt wird wesentlich durch die Lebensverhältnisse in den Essener Stadtteilen bestimmt, deren spezifische kleinräumige Problemlagen sich zum Teil deutlich unterscheiden. Zu ihrer Bewältigung müssen originäre

und strukturverbessernde Stadtteilkonzepte erarbeitet werden, die sparsam und kostenbewusst intelligente Problemlösungen anstreben, den Sachverstand der Bürger vor Ort einbeziehen und auf Nachhaltigkeit hin angelegt sind.

13. Unsere Stadt muss endlich dem Bürger zurückgegeben werden. Wo irgend möglich tritt an die Stelle der Bürokratie der verantwortungsbereite Bürger. Insbesondere ehrenamtliche Tätigkeiten können die Stadt finanziell entlasten und zugleich Identifikation und Bürgersinn stiften.

Die Region stärken

14. „Das Ruhrgebiet ist mehr als eine Stadt“ (KVR). Verstärktes regionales Handeln ist die alternativlose und überlebensnotwendige Strategie für die Ruhrgebietskommunen, um bestimmte Aufgaben überhaupt noch in Angriff nehmen zu können und Gestaltungsspielräume dort zurückzugewinnen, wo kommunale Akzente notwendig und sinnvoll sind.

15. Unsere Stadt muss sich stärker auf die Region hin orientieren und Kirchturmsdenken überwinden. Wirtschaftsförderung, Flächennutzungsplanung, Freiraumsicherung und Verkehrsmanagement können regional verbindlich gebündelt werden. Durch Kooperation mit den Nachbarstädten können Synergieeffekte erzielt und Kosten gesenkt werden. Spezialisierungen im Städteverbund steigern zudem die kommunalen Leistungsfähigkeiten.

16. Unsere Stadt muss als Ruhrmetropole attraktive Kulturstadt sein und Urbanität ausstrahlen. Sie stärkt damit auch den Trend zur „Wiederentdeckung der Städte“. Zugleich muss aber auch über die regionale Diversifizierung und Spezialisierung der kulturellen Infrastruktur und Angebote entschieden werden. Stadtegoismen führen nur zu Mittelmaß und Mittelvergeudungen. Allein im Städteverbund wird das Ruhrgebiet als Metropolregion national und international wahrgenommen.

IV.

Unsere Stadt neu aufstellen!

Trotz kommunaler Krise verfügt unsere Stadt nach wie vor über große Potentiale. Zehn der umsatzstärksten 100 deutschen Unternehmen haben ihren Sitz in Essen. Unsere Stadt ist ein europäisches Energiezentrum und eine bedeutende Dienstleistungs- und Handelsmetropole. Noch immer liegt das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen über dem Landesdurchschnitt. Der Strukturwandel der 70er und 80er Jahre hat den Weg in eine postmontanindustrielle Moderne eröffnet. Essen könnte also ein starkes Stück Ruhrgebiet sein.

Doch unsere Stadt ist gegenwärtig stark angeschlagen und nicht gut aufgestellt. Ihre Potentiale werden nur unzureichend genutzt. 1999 ist es zwar zu einem Macht-, jedoch nicht zu dem vorher propagierten Politikwechsel im Rathaus gekommen. Zwar kann die neue Stadtregierung durchaus punktuelle Erfolge (Saalbau, Lichtburg, Drogenszene Hauptbahnhof) vorweisen, doch gegenüber den zentralen Problemen der Stadt hat sie weithin versagt.

Lange ist dem Bürger die Wahrheit über das Ausmaß der städtischen Finanzkrise verschwiegen worden. Die Schuld für das Finanzdebakel wird bis heute nur bei anderen (Bund, Land, politischem Gegner) gesucht. In unverantwortlicher Weise ist dringend notwendiges Sparen als „Kaputtsparen“ denunziert worden. Substantielle Haushaltskonsolidierung, systematischer Personalabbau und ein Rückzug der Stadt aus nicht-pflichtigen Aufgabenkomplexen haben bis jetzt nicht stattgefunden. Eine Stadt, die auf Dauer nicht in der Lage ist, ihre Finanzen ordentlich zu regeln, wird schließlich fremdbestimmt. Nur verantwortliches, dem Gemeinwohl verpflichtetes Handeln sichert die kommunale Selbstverwaltung!

Die machtvollen Interessen kommunaler Bürokratie blieben unangetastet. Nicht selten werden hinter dem Schild vorgeblich sozial verpflichteten Handelns höchst egoistische Partikularinteressen verfolgt. Auch die stadteigenen Unternehmen sind Selbstbedienungsläden der Politiker geblieben – gewechselt haben nur zum Teil die Personen. Akzente gegen den weit verbreiteten Vorwurf, den Parteien gehe es nur um Monopolstellung, Macht und persönliche Vorteile für ihre Mitglieder, wurden nicht gesetzt.

Überzeugende Perspektiven für eine bürgerorientierte Stadt, die ihre Zukunft in der Region verankert, sind bis heute nicht entwickelt worden. Unsere Stadt wurde nicht – wie versprochen – an die Bürgergesellschaft zurückgegeben. Doch dies ist dringend notwendig!

V.

Am Politikwechsel mitwirken: Wir mischen uns ein!

Angesichts der Krise unserer Stadt und der enttäuschten Hoffnungen auf einen Politikwechsel sind viele Bürger verdrossen und frustriert. Es besteht die Gefahr, dass sich die Stadt ihren Bürgern entfremdet und der Bürger auf Distanz zu seiner Stadt geht. Die Beteiligung an Kommunalwahlen ist dafür ein wichtiger Gradmesser.

Es ist alarmierend, dass es schon bei der letzten Kommunalwahl 1999 mehr Nichtwähler als Wähler in Essen gab. Inzwischen haben sich immer mehr Bürger angesichts von Filz, Ämterpatronage, Selbstbedienung und Selbstbereicherung von

den Parteien abgewendet. Und diese Entwicklung beschleunigt sich. Es ist deshalb zu befürchten, dass die Beteiligung an der diesjährigen Kommunalwahl in unserer Stadt noch weiter absinken wird. Die kommunale Demokratie droht ihren Rückhalt in der Bevölkerung zu verlieren. Dieser Teufelskreis muss durchbrochen werden! Daran wollen wir engagiert mitwirken. Kommunalwahlen sind für uns Bürger eine große Chance, die Zukunft unserer Stadt zu gestalten. Wahlenthaltung erhält und verstärkt nur verkrustete Parteistrukturen mit all ihren negativen Begleitumständen und Folgen.

Wir, die Unterzeichner dieses Essener Bürger-Manifestes, rufen deshalb alle Bürger unserer Stadt auf, sich für eine Neuorientierung der Essener Stadtpolitik zu engagieren und sich einzumischen. Nur ein Politikwechsel wird unsere Stadt aus der derzeitigen Krise führen. Als mündige, kompetente und verantwortungsbereite Bürger wollen wir daran mitwirken!

Erstunterzeichner :

Heinz-Peter Barleben, Apotheker, Schatzmeister der Essener FDP 1993-2002

Udo Bayer, ehem. Oberstudiendirektor, Beigeordneter a.D.

Lothar Bluoss, Kommunikationsdesigner

Thomas Decker, Elektromeister, Vorstand Elektro-Innung Essen

Sigrid Engels, Mitglied der Bezirksvertretung IV seit 1975, Bezirksvorsteherin 1979-1999

Dr. Helmut Förster, Chefarzt i.R. Bethesda-Krankenhaus

Dr. Torsten Fanselow, Zahnarzt

Torsten van Geest, Rechtsanwalt

Klaus Gutke, Dipl.-Ing., Geschäftsf. einer Ingenieurgesellschaft

Heiko Henn, Dipl. -Finanzwirt, Finanzbeamter

Dr. Berthold Heizmann, Oberstudienrat, Lehrbuchautor

Prof. Dr. Wolfgang Horn, Politikwissenschaftler, Prorektor der Univ. Essen 1985-1992

Erich Immesberger, Dipl.-Volkswirt, Vorstand i.R. Wohnungsgenossensch. Essen-Nord

Uwe Jagert, Rechtsanwalt

Klaus Kirchner, Regierungsdirektor, Personalaratsvorsitzender

Karl-Ernst Kleine-Beck, Abteilungsleiter, Kirchmeister ev. Kirchengem. Frillendorf

Michael Knopp, EDV-Fachmann (arbeitslos)

Joachim Korn, Geschäftsführer Regiobahn

Dr. Karlgeorg Krüger, Radiologe, Spitzenkandidat „Essener für Essen“ 1994

Alfred Lienkamp, Dipl.-Ing., Landschaftsarchitekt, Gründungssenator Univ. Essen

Barbara Rittel, Unternehmerin, ehem. Ratsmitglied

Monika Rögge, Journalistin

Prof.Dr. Max E. Scheulen, Ltd. Oberarzt Universitätsklinikum Essen

Bernd Schlieper, Großhandelskaufmann, ehem. Ratsmitglied

Heinz Schuster, Dipl.-Bergingenieur, 40 Jahre SPD-Mitglied

Michael Schwamborn, Elektromeister, Gründer der AG Essener Grundschulen

Ulrich Schwier, Apotheker, 1. Vorsitzender Apothekerverband Essen

Martin Springer, Handwerksmeister, Jungunternehmer

Karl Stöckmann, Selbständiger Zahntechniker

Wolfgang Teubner, Dipl.-Ing., Vorstand EVAG

1976-1994, Geschäftsf. VRR 1994-1999

Brigitte Wawrowsky, Übersetzerin, ehem. Ratsmitglied

Ludwig Würdehoff, ehem. Mitglied des Rates und des Landtages NRW